

Die Vorbereitungen für den Uebergang zur Friedenswirtschaft.

Aus Prag, 3. d., wird uns in Ergänzung des im Morgenblatt veröffentlichten Berichtes über die Sitzung der Prager Handelskammer weiter berichtet:

Präsident B. Nemec führte weiter aus: Dringlicher fast als die auswärtige Handelspolitik sind Maßnahmen zur Erleichterung des Ueberganges unserer Wirtschaft vom Kriege in den Frieden.

Die zielbewusste Kraft und Fähigkeit, mit der sich unsere Produktion den Bedürfnissen und einschränkenden Folgewirkungen des Krieges angepaßt hat, ist staunenswert gewesen. Schwieriger und auch von unvergleichlich größerer Bedeutung für die Allgemeinheit ist aber der Uebergang in die Friedenswirtschaft, weil das bisher stark restringierte Arbeitsangebot durch die Demobilisation eine große und rasche Ausdehnung erfahren, aber diesem Angebot zumindest vorübergehend keine entsprechende Arbeitsnachfrage gegenübersteht, wie da es an Rohstoffen, Betriebsmitteln und auch an Absatz mangeln dürfte. Schon die Demobilisation selbst wird also nach einem bestimmten Plan erfolgen müssen, damit nicht zu viele Arbeitslose nach Hause entlassen, aber Beschäftigte zurückbehalten werden. Die Kammer hat ihre Vorschläge in dieser Beziehung neben der Regierung vorgelegt.

Ebenso wird es notwendig sein, auch die Abstoßung des nach dem Kriege überflüssigen Geeresbedarfes, wie Pferde, Wagen, Automobile usw., entsprechend zu organisieren, damit diese für den Wiederaufbau der Friedenswirtschaft unentbehrlichen Sachen nicht in die Hände von Spekulanten gelangen, sondern rasch in den unmittelbaren Gebrauch überführt werden. Auch hier haben wir schon der Regierung konkrete Vorschläge erstattet.

Die Beschaffung des Rohstoffbedarfes für unsere Industrie und Landwirtschaft sowie der Schutz unserer Industrie gegen übermäßige Einfuhr von Halb- und Ganzfabrikaten bildet schon längere Zeit den Gegenstand der Beratungen und der Sorge der Regierung und der Interessenten.

Auch hier wird eine kluge und sorgfältig bedachte Organisation Platz greifen müssen, eine freiwillige Organisation, bei der aber die Initiative und Mithilfe des Staates nicht werden entbehrt werden können. Ich halte Zwangsmassregeln des Staates in diesem Belange für nicht wünschenswert. Und noch weniger können Einfuhrverbote unserer Rohstoffversorgung und dem Uebergang in die Friedenswirtschaft förderlich sein. Wir wünschen nach dem Kriege den allgemeinen Handelsfrieden, dürfen also den wirtschaftlichen Kriegszustand nicht selbst in Permanenz erklären.

Wohl aber wird der Staat um die technische Möglichkeit des Außenhandels, um Schiffsraum, Bahntransport und Frachtenkonventionen Sorge tragen müssen und auch die wirtschaftliche Ermöglichung desselben durch eine großzügige und weitsichtige Devisen-, Anleihe- und Währungs politik zu fördern haben.

Gleich groß sind auch die Aufgaben des Staates auf dem Gebiete des Kreditwesens, um den gefährdeten Einzelwirtschaften Schutz und Hilfe zu bringen, auf dem Gebiete der Sozialpolitik, um Arbeitslosigkeit tunlichst zu verhüten, auf dem Gebiete der Wohnungsfürsorge und Konsumentenfürsorge überhaupt, um der Teuerung der Lebensmittel und notwendiger Gebrauchsgegenstände tunlichst zu steuern. Unzweifelhaft wird der Staat hier auch direkt mit-helfen und staatliche Aufträge auch auf Vorrat erteilen müssen, bis das Gleichgewicht unserer Wirtschaft wieder einigermaßen hergestellt sein wird.